zu berücksichtigen, daß ein Teil der Mehrforderung auf die Belegschaftsverringerung zurückzuführen ist, die heute in Bochum eine [illegible] Masse betroffen hat und im Ruhrbergbau überhaupt [illegible] Die haben heute bereits [illegible], daß ganze Bergwerksbetriebe keine Genehmigung zum Weiterarbeiten mehr erhalten, um sie in anderen Betrieben als Arbeitskräfte [illegible] zu können. Es ist bekannt, daß die Bochumer Zechen bei Ruhrkohlenbau [illegible] abzusetzen. Gestiegene Mehrforderung auf einzelnen Bezirken, [illegible] Ausfälle auf anderen gegenüber.

Vielleicht begreifen die Bergarbeiter bald, daß sie durch ihre Mehrarbeit der Arbeiterklasse einen Schlag versetzt haben und werden sich bewußt, welche Macht sie verfügen.

Aus der Partei

Bericht von der Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen am 17. September 1922 in Essen

Die KPD. in Rheinland-Westfalen hat trotz der gewaltigen Schläge, die ihr von seiten der Bourgeoisie geführt worden sind, sich der sich unbeirrbaren Schwierigkeiten und Zerrissenheit, die von unlauteren Elementen, Schwätzern und sonstigen unlieben Kräften in ihre Reihen getragen wurden. Dafür aber hat sich [illegible] ein Bewußtsein, Willensklarheit [illegible] Bezirk, die sie sich selbst gegeben hatte. Gemäß neuen Kämpfen entgegenzugehen, und [illegible] Bezirksleitung auf dem Wege der Revolution. Von den 12 Ortsgruppen des Bezirkes waren 8 Ortsgruppen durch 11 Delegierte vertreten. Von den übrigen waren [illegible] entschuldigt. Außerdem waren vertreten: 1 Referent, 1 Vertreter der Jugend, 1 Vertreter der SAUD., 2 Vertreter der Bezirksleitung, 10 Gäste.

Die Tagesordnung war folgende: 1. Politische Lage. 2. Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung (Bericht aus den Ortsgruppen). 3. Organisationsfragen. 4. Jugendfragen. 5. SAUD. 6. Verschiedenes.

Vom ersten Tag, Genosse S. — In kurzen aber klaren Zügen die Situation treffenden Ausführungen, zeichnete er die momentane Lage. Daran anschließend, zeigte er Aufgaben und Wege, die wir als ein Ganzes, Partei zu allen Zeiten, zu beschreiten haben. Daß dieses Ziel, das hier aufgestellt wurde, nicht zu verwirklichen wurde von einer Diskussion abgesehen.

Zum 2. Punkt gab die Genosse Du. einen Ueberblick über den Stand der Organisation im Bezirke, über Maßnahmen und Mittel, die eingesandt wurden, um unsere Bewegung zu verbessern und die Organisation zu festigen. Trotz der vorzüglichen Verhältnisse im Bezirk, mit den primitiven Hilfsmitteln arbeitend, ist es doch gelungen, die Organisation zusammenzufassen, und nicht nur der Stand der bisherigen Ortsgruppen zu erhalten, sondern auch, und [illegible] Ortsgruppen mehr zu [illegible] sind, daß bleibt [illegible] der sogenannten Essener Richtung der Organisation insgesamt keinen Schaden zugefügt hat. Außer einem [illegible] Ortsgruppen in Essen, ist sonst keine Spur zu entdecken, als früheren Bezirksleiter [illegible] noch [illegible] vor und [illegible] Boden der Partei.

Ueber den Stand der Partei berichtete der Genosse Ma. Er rügte besonders die Nachlässigkeit einzelner Ortsgruppen in Punkte Abführung der Pflichtbeiträge. Die sich daran anschließende Diskussion mit gleichzeitigem Bericht aus den Ortsgruppen, brachte eine wertvolle Fülle von Material, Tatsachen und Beispiele zutage. Im [illegible] wurden die Ausführungen der Bezirksleitung unterstützen und anerkannt. Weitgehende Unterstützung und übige Mitarbeit wurde allseitig zugesagt.

Ein Kampf um Einsetzung der Bezirksleitung wurde einstimmig [illegible]

Zum Punkt 3 wurden der Konferenz eine Anzahl Anträge unterbreitet, wovon folgende angenommen wurden:

1. „Zwecks besserer Bearbeitung des Bezirkes, wird derselbe in Bezirke geteilt. Bezirk Ruhr, Bezirk Rheinland, Bezirk Westfalen, Bezirk Düsseldorf, Bezirk Essen, Dortmund behängendem Bezirksrat, je einen Genossen zu stellen, die imstande die erweiterte Bezirksleitung bilden. Dieselbe steht mit der Bezirksleitung [illegible] in engster Fühlung und trägt die Verantwortung für die Vorgänge [illegible] Bezirksleitung.“

2. Die Referentenanforderung ist im allgemeinen bei der Bezirksleitung zu stellen, bei einer Anforderung können die Ortsgruppen mit den Referenten sofort in Verbindung treten und sich den Genossen [illegible]. Wenn der Bezirksleitung jedoch hierzu Mitteilung. Ungeforderte Referenten sind von der betr. Ortsgruppen zu finanzieren.“

3. „Alle zur Ablieferung gelangenden Pflichtbeiträge und Umlagen, auch Porto, sind an die Bezirksleitung zu senden und von [illegible] zu weiterzuleiten.“

4. „Zur Stärkung der Bezirkskasse soll eine Umlage von einmalig 20 Mark pro Mitglied erhoben werden. Hierfür wird die Bezirksleitung beauftragt, Marken zu 10 Mark an die Ortsgruppen zu liefern. Ortsgruppen, die in der Lage sind, werden ersucht die Ablieferung sofort durchzuführen.“

Weitere Anträge, insbesondere über Betreibung und Stärkung der Presse, wurden zur Diskussion und Beschlußfassung an die Ortsgruppen [illegible]

Zur Zentralvorstellung wurden zwei Delegierte gewählt. Anträge zur SAUD. wurden der Delegation überwiesen.

Zu Punkt 4 referierte der Genosse M. unter Darlegung der Bedeutung der KJD. und Mitarbeit der Jugendbewegung. Reichlich bei Gelegenheit der Jugendorganisation, Hangen seine Ausführungen aus in einem Appell an die Aeltern Genossen, die Jugendbewegung intensiv zu unterstützen.

Die Debatte wurde [illegible] die Referenten und ergab einmütige Zusage betreffs Unterstützung.

Zu Punkt 5 referierte der Genosse M. vom Gautomitee. Die sich hieran schließende Diskussion hob hervor, daß es unsere Aufgabe ist, mit [illegible] Opfer zu gebenden und unermüdlich [illegible] Aufrüstungen der Mittel Sorge zu tragen.

Die Bezirkskonferenz faßt einstimmig den Antrag an die [illegible], die Unterstützungsbeige zu erhöhen, sowie eine einmalige größere Beihilfe sofort auszuzahlen.

Als Redner von der Partei, wurde der Genosse Gr. gewählt.

Kleiner beantragt die Bezirkskonferenz, daß die Ortsgruppe Düsseldorf bei wichtigen Entscheidungen, Mitbestimmungsrecht erhält.

Unter Punkt 6 wurde neben Erledigung verschiedener Fragen die Bezirkskleitung beauftragt, kurz nach dem Zusammen der ZAG., erneut eine Bezirkskonferenz einzberufen.

Nach Schluß durch den Genossen Du. auf die weittragende Bedeutung der Konferenz, und der Aufforderung an die Delegierten, heute Sorge tragen zu wollen, daß der gesamten Mitgliedschaft der Bericht über Verlauf und Beschlüsse unterbreitet werde, wurde die Konferenz nach 10stündiger Tagung geschlossen, bei einer Beteiligung der Genossen aufs Aufmerksamkeit, daß dieselbe einen Schritt vorwärts auf unserem Wege war.

Die 3½ verleugnet ihr Programm

Wie berichteten an dieser Stelle über die geplante Erstützungsaufstellung der Dreieinhalb in Berlin, und teilten zu gleicher Zeit mit, daß sich die Dreieinhalb nach Spandau begab. Von der Spandauer Ortsgruppe der KAPD. und AAU. ist durch das Treiben der Leute um Gach glücklich ein kleiner Rest von Querulanten übriggeblieben, die, trotzdem sie aus beiden Organisationen ausgeschlossen, sich doch kühn und stolz weiter als KAP. und Union bezeichnen, und denen von seiten der Dreieinhalb nun Unterstützung zuteil werden sollte. In dieser Versammlung referierte ein Genosse über die KAP. und AAU. Da dieser Genosse über die Differenzen der nicht unterrichtet ist, (er vermutlich erst seit kurzem wieder in Freiheit) konnte er natürlich weiter nichts tun, als auf den „Reformismus“ anspielen, der sich in der KAPD. und AAU. ausbreitet breit machen.

Nach einem grotesqueglatten Theater, es sprachen außerdem ein Russe (der nichts hinter sich hatte), ein Holländer (der sich bescheinete, nichts prinzipielles von uns zu hören, und sich wie ein eigensinniges Kind weigerte, darauf einzugehen), und so versuchte man unsere Genossen abzuwürgen. Doch dies gelang nicht ganz. Eine Genossin von uns zerpflückte dann die neue „Privateigentumstheorie“ und den Eingeklappertkampf dieser Leute, um so eine Aeußerung über Begründung dieser Konfusion zu erzwingen. Zur Auffrischung des Gedächtnisses diese sog. „Essener“ lassen wir einige Stilblüten hier folgen:

„Und nun auf Grund dieser Erkenntnis unsere Konsequenzen für das Verhalten der Unionsgenossen gegenüber Schutzkämpfen: Wird ein Industrieller in einem kapitalistischen Betrieb eingestellt, so schließt er als einzelner Arbeiter mit dem Unternehmer einen Privatvertrag, in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden. Befindet er sich im Betrieb und reicht der Lohn infolge der hohen Steigerung der Preise zur Erhaltung seiner nackten Existenz nicht mehr aus, so geht er erneut als einzelner Arbeiter zu dem Unternehmer mit dem Verlangen einer Aenderung seines Privatvertrages in Form der Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wird dieser ohne weiteres gewährt, so ist diese Sache für ihn bis zum nächsten Male erledigt.

Gewährt der Unternehmer diese nicht, so stehen dem Unionsmitglied als einzelnen Arbeiter im Betriebe eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, um sein Verlangen durchzusetzen, wie z. B. Streik usw. Es ist klar, daß es ihm persönlich, das nicht etwa in ein und demselben Betriebe der eine Unionsgenosse heute, der andere morgen, der dritte übermorgen mit einem solchen Verlangen gegen solchen Mitteln zu dessen Durchsetzung dem Unternehmer gegenübertreten soll, sondern alle in einem Betriebe befindlichen Unionsgenossen sollen, zumal sie meist auf Grund eines gleichinhaltlichen Privatvertrages (aber jeder für sich) ihre Arbeitskraft an den Unternehmer verkauft haben. Solidarität untereinander und ebenfalls gegenüber allen in dem gleichen Betriebe beschäftigten Arbeitern, sobald diese eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen von dem Unternehmer fordern, über. Die Unionsgenossen aus der Gruppe „Arbeitnehmer“ sollen alle rechts und den übrigen „Arbeitnehmern“ der Belegschaft zusammen solche Forderungen an den Unternehmer stellen.

Da geschah etwas Sonderbares: Der Versammlungsleiter Reichardt (der nach eigener Aussage nur das „Schwarze“ dieser Artikel gelesen hat, was für ihn genügte, sie „ausgezeichnet“ zu finden) erklärte: Daß sie diese Auffassung nie vertreten hätten, daß diese Artikel Artikel des Berliner Organs wären und die „richtige“ KAU. so erst wenn Nummern des Berliner Organs [illegible] hätte; das sie also mit Union nichts zu tun hätte.

Angesichts so viel Lüge, Hinterlistigkeit und Feigheit, mit der diese Leute ausgerüstet sind, gehört schon eine Ueberwindung dazu, sich mit solch moralisch verlottertem Gesindel überhaupt auseinanderzusetzen. Beweise dafür anzuführen, daß die Artikelserie „die Union was sie ist — und was sie nicht ist“ als die programmatische Grundlage hingestellt wurde, können wir uns besonders ersparen, weil wir alle Resolutionen, in denen verlangt wird, daß sich die Mitgliedschaft, die zur Dreieinhalb gehören will, hinter die Artikel stellen soll, alle aus dem Essener Blatt entnehmen müßten. Die paar Proletarier, die darauf schworen als auf ein Heiligtum, können also sehen, daß diese „Grundsätze“ nur aufgestellt wurden, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, daß die Regisseure (wie wir stets behaupteten) selber nicht an diesen Unsinn geglaubt haben.

Das Programm dieser Dreieinhalb ist also (der KPD. und AAU. versuchen sie nämlich als ihrer Presse des Reformismusses zu überführen, weil sie nicht können), da sie ihre eigenen für die Dreieinhalb geschaffenen Grundsätze leugnen, Grundsätzlichkeit. Und da diesem Herrn Reichardt niemand widersprach, als er mit einer Handbewegung das theatralische Heiligtum in Fetzen riß, kann man bazu wirklich weiter nichts sagen als: Eine nette Gesellschaft. Mit unserseits werden jedoch nicht ruhen, diesen Leuten die Maske vom Gesicht zu reißen. In kurzer Zeit schon wird die KAP. und AAU. auch vor den Spandauer Arbeitern die Dinge klarstellen. Herr Reichardt dieser unerschrockene Lügner ist schon im voraus eingeladen.

Achtung!

Die Genossen von Spandau, die sich nach wie vor zur KAP. AAU. bekennen, werden aufgefordert, sich an folgende Adresse zu wenden: Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 8 bei Neumann, 1 Treppe rechts.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Bezirk Mittelderschland, Halle-Merseburg. Am Sonntag, den 15. Oktober 1922, vormittags 9 Uhr, in Halle

Bezirkskonferenz.

Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Organisatorisches. 3. Unsere zukünftige Arbeit. 4. Berichiedenes. Alle Gruppen müssen Vertreter entsenden.

Die Bezirksleitung.

Ausland

Krise in der KP. der Tschechoslowakei

Die „Rote Fahne“ berichtet in ihrer letzten „Organisation und Taktik“ von der reformistischen Versammlung der KPTsch. und bringt eine Rede Schmirals ab, die in ihrem Inhalt allerdings die konsequente Auslegung der „Einheitsfrontpolitik“ und der „Arbeiterregierung“ ist. Es ist bezeichnend, daß man nicht gewillt ist, eine solche Rede Stunde lassen kann, denn das, was Schmiral sagt, hat Brandler schon lange vor ihm gesagt.

Gegen diesen Brandler-Levitt-Schmiral-Kommunismus erhebt sich jetzt eine Opposition, die durch Genossen Hora und die Mittelschichtler vertreten und den Kampf ansagt. Sie wurde jedoch kurzerhand ausgeschlossen, der „Reichsberger Vorwärts“ berichtet darüber:

Prag, 4. Oktober. (EXZ.) Der vom Parteiausschuß der KPTsch. beschlossene Beschluß der Reichskonferenz, durch den die Hora der Opposition angehörenden Parteiblatt [illegible] wurde, erfreut sich einmütige und auf Ebene, Prag, 7, weil bisher trotz der Aufforderung des Parteiausschusses keine Unterschrift auf dem Protokoll [illegible] zustandgekommen hat. Gleichzeitig machen wir auch darauf aufmerksam, daß die ausgeschlossenen Genossen bisher bei der Kommunistischen Internationale keine Berufung gegen den Ausschluß eingelegt haben, obwohl sie Tage vor der Reichskonferenz aufgefordert wurden. Es ist unzulässig, daß die Ausgeschlossenen die zu dem Zeitpunkt der Begründung der ganzen Angelegenheit vor dem Forum der Kominternen, im Falle sie überhaupt Berufung einlegen, die Reformen zu Versammlungen geschickt werden. Die Bezirksleitung der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei [illegible] zu erklären. Auch die ausgeschlossenen Genossen haben [illegible] diesen Beschlüssen zu folgen und sich allen Kundgebungen in der Presse, die gegen die Organisationsbestimmungen verstoßen, zu enthalten, sollte sie dem [illegible] Disziplinbruch nicht [illegible] ein unweiblicher Uebertreten der Parteidisziplin angesehen werden.

Die Berliner „Organisation und Taktik“ zieht über alle diese Bestrebungen vom Leder. Sie retten eine Attacke gegen den Schmiral-Schwätzer Opportunismus und zu gleicher Zeit gegen die „Rechten“ der Opposition. Die richtige Firma haben eben nun einmal einzig und allein die Rutz und Moskau. Die Kriese zeigt aber uns klar, daß nämlich auf die Dauer auf der Konfusion von Moskau keine Partei zu halten ist. Mag der 4. Kongreß der 3. Internationale noch so viel Blendwerk gegen seine Sektionen verschenken. Der Bann wird einmal brechen — auch in Deutschland.

Mitteilungen

Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in Lichtenberg, Schulaula Parkaue. Thema: Betriebsrätekongreß, Gewerkschaften und Revolution.

Groß-Hamburg

KPD. und AAU. am Montag, den 16. Oktober, 7.30 Uhr, bei Ochmer, Alte Hamburger und Geßner-Straße gemeinsame allgemeine

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Partei und Union. — Verschiedenes.

Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

An die Ortsgruppen und Bezirksleitungen im Reich

Die Berliner Organisation ersucht alle Mängel in bezug auf Beilegerung von Zeitungen, Broschüren usw. an Genossen Artur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 8 bei Neumann, 1 Treppe rechts, zu richten.

Die „AAZ.“ ist von Nr. 71 mit 9 Mark an den Verlag abzurechnen.

Sonnabend, den 14. Oktober 1922, Referenten-Abend, Alexstraße, 7 Uhr abends.

4. und 15. Bezirk. Freitag, den 20. Oktober, öffentlicher Diskussionsabend bei Schmidt, Ecke Transvaalstraße.

6. Bezirk. Freitag, den 13. Oktober, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaiser, Lausitzer Straße 42, Lokal.

16. Bezirk. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Freitag, den 13. Oktober, abends 7.30 Uhr, bei Schmidt. Tagesordnung: Referat: „Aus der Geschichte des Sozialismus.“

AAU. Charlottenburg. Freitag, den 13. Oktober. Lokal Hauptstraße 9. Vortrag: Die Agrarfrage.

Rote Jugend Nr. 9/10

Kampfsorgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Sieben erschienen.

Aus dem Inhalt: Schluß des Referat. — Von unserer Reichskonferenz. — Zur KJD. und KJ. — An die „Kommunistische Jugend“. — An die Eltern. — Zur Lage der Jugend. — Zur Anklage Nürnberg und viele andere Artikel.

Gut ausgestattete Doppelnummer in Zweifarbendruck.

Preis einschließlich 20 Mark.

Genossen! Diese Nummer enthält für jeden Genossen der KJD. sowie KJ. wichtige Artikel. Sofortige Bestellung!

Verbreitet die „Rote Jugend“ in Massen!

Zu beziehen durch sämtliche Gruppen der KJD. sowie durch den Verlag „Rote Jugend“, Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Oeffentliche Quittung

der KPD. für 30. September 1922

Aus Groß-Berlin gingen ein:

a) Aus Sammellisten: Bez. Boxhagener-Str. 2346 ℳ 158; Nordost 4152 ℳ 48; Bez. Prenzlauer Berg 3610 ℳ 776; Steglitz 3518 ℳ 11, 3532 ℳ 20, 3534 ℳ 42, 3535 ℳ 45; Gen. Stadt 4130 ℳ 472 50; Kreuzberg 4152 ℳ 425; 7. Bez. NO. 4192 ℳ 284 50; 18. Bez. Pots 3468 ℳ 25; 18. Bez. Schöneberg 3835 ℳ 194; Schöneberg, Tempelhof 3837 ℳ 1; 3. Bez. NW. 3509 ℳ 1; 3539 ℳ 61; Stadt. Chlbg. 4127 ℳ 186; Berl. Prin.-Telef.-Bel. 4139 ℳ 159; Bornim, Tempelhof 4184 ℳ 130; MSG. Hagdorf 3634 ℳ 124; Weißensee Reinickendorf 3645 ℳ 131; Bergmann, Zegler Weg 3600 ℳ 152; 8. Bez. 4059 ℳ 1; 3. Bez. 3509 ℳ 1; 3545 ℳ 10; 3546 ℳ 1; 3550 ℳ 1; 3551 ℳ 1; 3554 ℳ 70; 3561 ℳ 121; 4. Bez. SO. 3436 ℳ 67, 3440 ℳ 64, 3446 ℳ 64; 3447 ℳ 32, 3448 ℳ 232, 3449 ℳ 10, 3450 ℳ 51, 3451 ℳ 188, 3452 ℳ 58, 3453 ℳ 40; Siemens 4189 ℳ 117; Schmöckwitzbahnhof 4166 ℳ 168; 9. Bez. 3491 ℳ 70, 3493 ℳ 102, 4166 ℳ 100, 3492 ℳ 200, 3315 ℳ 356; Bez. 15 Bez. 3536 ℳ 145; Baustelle Eichelbaum 3447 ℳ 1076; Gen. Wernitz 3282 ℳ 244; Rotha-Werk 3618 ℳ 200; Gen. Kaiser 3545 ℳ 237; Hermann 3242 ℳ 115; 3. Bez. 4067 ℳ 118; Dinos, Tempelhof 3217 ℳ 1085 50; Grünau 3. 50, 4. 50, 5. 50; Gen. Stadt 4138 ℳ 334; Weiß-Freiling (Gerrit) 3660 ℳ 305 50; Fa. Stadt Martinsberg 3539 ℳ 60; Fa. Siegenberg, Reinickendorf 3644 ℳ 240; KUSO. Angst. 3649 ℳ 767; 9. Bez. 4117 ℳ 139; 16. Bez. 4117 ℳ 730, 4119 ℳ 126, 4115 ℳ 120, 4118 ℳ 150; Allgem. Ortskran-Kasse 3687 ℳ 182; Brunsbüttel ℳ 300; C. Jakob 4195 ℳ 190; 7. Bez. SO. 4137 ℳ 212, 4194 ℳ 270; Schmöckwitz 4151 ℳ 165; Siedlerwerk Gemeinden Wuhlgebiet 4168 ℳ 745; Erfurter Gen. 4060 ℳ 310, 4061 ℳ 24, 4064 ℳ 25; Kulturtarif 3663 ℳ 781, Kulturtarif 3664 ℳ 118.

b) Sammelmarken: 3. Bez. ℳ 100, 4. Bez. ℳ 120, 7. Bez. ℳ 400, 8. Bez. ℳ 15, 9. Bez. ℳ 20, 10. Bez. ℳ 20, 12. Bez. ℳ 1358, 16. Bez. ℳ 542, 17. Bez. ℳ 100, 18. Bez. ℳ 104, 21. Bez. ℳ 1132.

c) Sammlungen aus den Bezirken: 4. und 15. Bez. ℳ 306,50, 6. Bez. ℳ 50, 7. und 16. Bez. ℳ 225, 13. Bez. ℳ 60, Gr.-Berlin Union ℳ 25 000.

b) Sonstige Sammlungen: Fa. Schering Chlbg. ℳ 500, Gen. Neukölln ℳ 12, 61. Berufsstelle Chlbg. ℳ 21, M. Leuenberg ℳ 50, Gen. Stadt ℳ 15, Berufsstelle Chlbg. ℳ 245, Wilhelm ℳ 35, Kurzrad ℳ 308,20, Berl.-Anh. Machstorf. ℳ 50, Gen. Trams ℳ 50, 61. Berufsstelle Chlbg. ℳ 231, Gen. Fortmann ℳ 50, Gen. Kubadt ℳ 100, Gen. Bismarkapp ℳ 70, Zentr. Bergarbeiter Chlbg. ℳ 50, Gen. Hamburg ℳ 30, Genossin Herrmann ℳ 50, Gen. Hoffmann ℳ 100.

c) Aus dem Reich: Ludwigshafen ℳ 9165, Chemnitz 1. S. ℳ 422, Oberneubrunn ℳ 1863, Speyer ℳ 624, Sonneberg ℳ 100, Krüge-Barmen ℳ 50, Magdeburg-Jobergs ℳ 150, Ansterdam ℳ 23, Mansfeldbetriebsrätekonferenz ℳ 87, Zella-Mehlis ℳ 230, Frankfurt a. M. ℳ 1100.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Kiers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg, Kaiserdamm 101. — Druck: Kaufmann, Berlin S. 42, Prinzenstraße 106.

3. Jahrg. Nr. 75. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 60 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Ein neuer Bluff

Es scheint, als existierte die KPD. ausschließlich zu dem Zweck, der Demokratenregierung die Parolen für ihre Schmutzdeutmandver zu liefern. Nachdem die Parole „Erfassung der Sachwerte“ abgelaufen war erschien auf dem politischen Film die Parole „Kontrolle der Produktion“. Natürlich wird dieselbe von der KPD. in einem Zusammenhang und in einer Aufmachung propagiert, daß bei den irregeleiteten Massen der Gedanke entstehen muß, daß irgend eine „berufene Instanz“ sich dahinterstecken müßte. Denn die Voraussetzung einer Regelung der Produktion, nach proletarischem Gesichtspunkten, die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Kapitalistenklasse wird ja aus „taktischen“ Gründen wohlweislich verschwiegen, damit die „Einigkeit“ nicht gestört wird. Da jetzt sich zum Aerger der KPD. die Regierung hin und erläßt eine Verordnung, vermittelst derselben der Anfang zur „Kontrolle der Produktion“ gemacht werden soll. Wer begreift nicht die Wut der KPD., die die Gefahr sieht, daß ihr der Wind aus den Segeln genommen werden könnte?

Die deutsche Wirtschaft — das ist richtig — befindet sich in einer ausweglosen Lage. Konjunkturen konnten bis jetzt nur hervorgerufen werden durch die fortschreitende Markentwertung. Daß diese Entwicklung zu dem Punkt führen muß, wo der Wert der Mark dem Nullpunkt nahesteht, und sie besonders die Lohnzahlungsmittel nicht mehr in Frage kommt, sehen wir in Deutschland und — in Deutschland sehr deutlich. Für ein solches Zahlungsmittel, wenn man überhaupt von Papier kann natürlich keine Maschine in Bewegung gesetzt werden. Es mußte daher für die Produktion eine andere Grundlage geschaffen werden. Das hat die deutsche Industrie getan, sie hat sich in die ausländische Währung gerettet, und überläßt die „Mark“ ihren Arbeitern. Der Stinnes-Lubersac-Vertrag und die Umstellung der „Goldleistungen“ in „Sachleistungen“ beweisen dies. Die Zahlungen der Stinnesgeschäfte erfolgen in Devisen nach Weltmarktspreisen von der deutschen Regierung.

Bei den ungeheuren Milliardenaufträgen ist es ganz natürlich, daß durch den ungeheuren Bedarf an Devisen dieselben steigen, denn auch hier richtet sich der Preis der Ware nach Angebot und Nachfrage. Das weiteren ist ein Einkauf von Rohstoffen von seiten der Industrie nicht möglich durch Devisen möglich. Der dadurch hervorgerufene Kapitalbedarf in Mark für den Inlandsverkehr ist bereits so groß geworden, daß die Notenpresse nicht mehr genug ausspeien kann, um auch nur die Lohnzahlungen zu tätigen, und die Geschäfte bereits so weit ist, daß die Aufrechterhaltung der Produktion bis zu einem gewissen Grade heute schon fraglich, ob die Berge von Tausend- und Zehntausend-Markscheinen rechtzeitig geliefert werden. Jede Vermehrung des Notenumlaufes, die nicht gedeckt ist, vermindert zu gleicherzeit wiederum den Wert derselben. Die Inlandspreise klettern sofort den Weltmarktspreisen nach, verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen sich in ganz kurzer Zeit, so daß diese Entwicklung ganz natürlich letzten Endes an den Punkt gerät, wo sie sich durch ihre eigene Bedingungen verstopft. Für das Proletariat bedeutet die Entwertung des Geldes natürlich trotz der „Lohnerhöhungen“, die sich zu der Entwertung selbst ungefähr verhalten, als wenn eine Schnecke mit einem Hasen ein Rennen aufnimmt, vermehrten Hunger — während des Rennens, und den sofortigen Hungertod, wenn das Rennen durch die Krise unterbrochen wird — durch die einsetzende Arbeitslosigkeit. Davor stehen wir jetzt. Die „Ruhe und Ordnung“ scheint gefährdet. Der Klubderadatsch unvermeidlich, und deshalb muß man für das „Volk“ etwas „tun“.

Die Verordnung der Regierung ändert an diesen Dingen nichts, und kann natürlich auch nichts ändern. Was sie will ist eine „Sachverständigenkommission“ ins Leben mit denen zu Gelze gehen, die bei diesem Totentanz als Unberufene sich einschleichen. Es ist dies ungefähr dasselbe, als wenn man einen Krieg dadurch bekämpfen will, daß man ein paar Schieber einsperrt. Das — will angeblich wenigstens — die Regierung auch mit den Devisenspekulanten tun. In den Dingen, die zu dieser Entwicklung führen, soll nichts geändert werden, es soll nur das Monopol der maßgebenden Kreise werden. Die Arbeiterklasse soll auf „anständige“ Weise dezimiert, niedergeschlagen, ausgeplündert und durch Vermehrung der Schmindbuchstabe tiefer gemacht und die „unlauteren Elemente“ ausgeschaltet werden. Das Proletariat muß darüber klar sein, daß es eine andere Methode, die kapitalistische Wirtschaft zu retten, nicht gibt. Ebensowenig, wie es eine andere Methode zur Rettung der Gewerkschaften gibt. Die Gewerkschaften haben die „Auswüchse“ im Kriege beseitigt, und sie machen jetzt dasselbe. Es ist möglich, daß das Kapital in nächster Zeit auch die Betriebsräte herenziehen wird, damit sie sich durch „Kontrolle“ davon überzeugen können, daß die deutschen Proletarier entweder diesen Weg weiternmarschieren, der für sie ins Grab führt, oder ob der ganze Laden zum Stehen kommen soll. Solche Betriebsräte, die jeden Tag durch ihren Unfug beweisen, daß sie nicht wissen, was Kapitalismus und Kommunismus ist, kann das Kapital und die Regierung bei ihrem Verdummungsfeldzug gerade noch gebrauchen. Aber eine Rettung für das Kapital werden auch diese Schlauberger nicht bringen können, und die Entlarvung dieser Taunkönige ist nur eine Frage der Zeit. Auch alle diejenigen, die dies „Kontrolle der Produktion“ nur gedankenlos nachbrüllen, mögen sich gesagt sein lassen, daß diese Ausrede, daß man gerissenen Betrügern ins Garn ging, nicht stichhaltig sein kann. Man muß sich vorher überlegen was man tut, und einmal darüber nachdenken, daß es um das Schicksal des Proletariats geht.

Wenn sich die Arbeiter mit diesen Dingen, mit ihrem eigenen Schicksal beschäftigen würden, würden sie ganz von selbst dahinterkommen. Aber sie tun dies noch nicht. Sie spekulieren immer noch auf die nächste „Lohnerhöhung“ und begäßtens noch auf den „Betriebsrätekongreß“. Dagegen ist natürlich mit Gewalt nichts zu machen. Aber die Gewerkschaften und die Demokratenrepublik werden ihnen schon selbst noch auf den Topf helfen, wenn sie jedesmal, wenn sie einen Gaunertrick vorhaben, dies ausdrücklich durch einen großen Bluff ankündigen. Für uns gilt es jedoch unermüdlich zu arbeiten an denen, die mit sich ringen, die Klarheit wollen. Ihnen gilt es zu sagen, daß das Proletariat die Produktion erobern muß! Daß es nicht gilt das Kapital zu „kontrollieren“, um bei dieser Kontrolle zu verrecken, sondern daß die Parole lautet: Sturz des Kapitals! Doch dazu ist etwas mehr nötig, als Resolutionen anzunehmen und Hunger zu schreien. „Dazu ist nötig: Der Druck mit den Gewerkschaften! Der Druck mit allen parlamentarischen Illusionen, und der unerschütterliche Willen auf den Trümmern der bürgerlich-demokratischen Ordnung, die kommunistische Ordnung aufzurichten!

Die Offensive des Kapitals

Streikbeschluß französischer Kohlenarbeiter

Paris, 11. 10. (WTB.) Nach einer Mitteilung aus Marseille haben heute die Dock- und Kohlenarbeiter eine Versammlung abgehalten, in der ihnen die Lage auseinandergesetzt und angekündigt wurde, daß die Kommune sich der der Bewegung anschließen. Die Versammlung hat von neuem für den Generalstreik gestimmt.

Nach einer WTB.-Meldung haben die Metallarbeiter in Havre die Arbeit wieder aufgenommen, unter den von den Unternehmern gestellten Bedingungen. Die Seeleute befinden sich jedoch noch im Streik, dem sich auch die Angestellten der Handelsmarine anschließen wollen. Der Kampf wird geführt gegen die Herabsetzung der Löhne. Auch die Bergarbeiter sind aus diesem Grunde in den Streik getreten. Die Bergarbeiter wenden sich in einem Aufruf an die deutschen Bergarbeiter, von ihrer „Wiedergutmachung“ in bezug auf Lieferung der Reparationskohle abzulassen, und sich auf ihre Solidarität zu besinnen! Daß die deutschen Gewerkschaften alles tun, um die deutschen Bergarbeiter von ihrer Pflicht abzuhalten ist selbstverständlich.

Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

AZ. Prag, 11. Oktober.

Aus Mährisch-Ostrau wird gemeldet, daß der Streik im gesamten Bergbaugebiet ist. Angeblich 50 000 Bergarbeiter befinden sich im Ausstand. Im ganzen Revier herrscht Ruhe. In den Gruben und Kokereien werden nur die Notstandsarbeiten verrichtet.

In der Tschechoslowakischen Metallindustrie droht es ebenfalls zu einem Streik zu kommen. Die Metallindustriellen erklärten bekanntlich, daß eine Lohnerhöhungsforderung ihrerseits abgelehnt müsse. Die Arbeiterschaft erklärt diese Forderung für vollständig unannehmbar, da diese Maßnahme eine Herabsetzung der Löhne um 40 Prozent innerhalb 6 Monaten bedeute.

In der Tschechoslowakei bekommt das Proletariat die Schärfchen einer hohen Valuta zu spüren. Arbeitslosigkeit in riesigem Ausmaße infolge der Absatzkrise ist die Folge. Um den Konkurrenzkampf aufnehmen zu können, ist das einzige Mittel Lohnabbau. Die Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind von der KPTsch. bereits „erobert“, jedoch diese KP. spielt dort die Rolle, die die USP. eben ausgespielt hat. Ihre einzige Sorge ist die Sicherung von Ministersesseln durch die Arbeiterregierung, revolutionäre Elemente werden kurzerhand ausgeschlossen. — Immer dasselbe Lied. Das Proletariat kann eben seinem Schicksal nicht entgehen, wenn es nicht den Kampf um die Macht aufnimmt.

Wieder Rettungsaktionen

Die Periode der Rettungsaktionen hat wieder begonnen. Nachdem die Orientkrise vertagt ist, hat das europäische Kapital wieder Zeit gefunden, sich mit der Behebung der allgemeinen Wirtschaftskrise zu beschäftigen. Neue Gedanken sind nicht aufgetaucht, ebensowenig neue Mittel. Der Appell geht wieder an das amerikanische Kapital. England hat zu diesem Zweck seinen bedeutendsten Finanzmann, den früheren Schatzkanzler, Mac Kenna, vorgeschickt. Dieser hielt am 4. Oktober vor dem Verband amerikanischer Bankiers eine Rede, in der er die Lage des Kapitals schwarz in schwarz malte. Er hob hervor, daß von allen Schuldnerstaaten allein England in der Lage sei, seine Schulden zu begleichen. Es sei aber außerdem neben Amerika am meisten an der Regelung des Schuldnerproblems als der zweitgrößte Gläubiger interessiert. Die größte Schuldenlast habe Deutschland in der Reparationsschuld zu tragen. Sie betrage 33 Milliarden Dollar. Frankreich habe, Amerika und England zusammen, 6,5 Milliarden Dollar, und Italien denselben Gläubigern 4,2 Milliarden Dollars zu zahlen. Nach diesen beiden Staaten kom

reichliche Krone wird bald mit Hunderttausend den Dollar bezahlen müssen. 11 Monate haben genügt, um sie, um das Dreifache zu erhöhen. Jetzt erst hat es der Völkerbund für notwendig gehalten, durch Gewährung eines Anleihe einzugreifen. Es wurden Oesterreich ein Gesamtkredit von 650 Millionen Goldkronen unter der Garantie der Großmächte gewährt. Es erhält dafür eine Kontrollkommission, die England, Italien, Frankreich und Tschechoslowakei bilden. Es wird ihm ein bestimmtes Finanzprogramm aufgezwungen. Es muß außerdem Pfänder für die Anleihe in Form der Bruttoergebnisse geben. In diesen Bedingungen liegt eine vollständiges Aufgeben der finanziellen Souveränität, zumal da auch jedes parlamentarische Eingreifen auf Grund der Bedingungen ausgeschaltet wird. Besonders die letzte Klausel ist für das österreichische Kapital besonders hart, da es ihm die alleinige Ausbeutungsmöglichkeit abschneidet. Der gewährte Kredit kann nur den Zusammenbruch hinausschieben, aber nicht verhindern. Die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Gegengebilde sind wirtschaftlich nicht lebensfähig, sind dagegen politisch eindeutig. Die gegensätzlichen Mentalitäten verhindern jeden Ausgleich. Gerade das System der Zerstückelung, anstelle der Auflagung in Verbindung mit der Verrichtung der wirtschaftlichen Kraft der bisherigen Staatengebilde muß zur vollkommenen Auflösung führen. Der nationale Gedanke, der in seinen Anfängen eine Stärkung der kapitalistischen Wirtschaftsweise bedeutete, hat in seinen Konsequenzen zum Imperialismus und damit zur Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaft geführt. Der Imperialismus hat sich außerhalbe gezeigt, der europäischen Staatenbund, sein Ziel, zu verwirklichen. Die Notwendigkeit der Kongenitation ist nicht erreicht worden. Die dauernd schwankende Valuta zeigt, daß ein Interessenausgleich nicht möglich ist. Der Zerfallungsprozeß geht unaufhaltsam vorwärts. Der Finanzkontrolle Oesterreichs folgt die über Deutschland. Das französische Kapital erstickt in der weiteren Inflation der Mark, in der Steigerung der schwebenden Schuld auf 451 Milliarden Mark, die Notwendigkeit, Deutschland unter Vormundschaft zu stellen. Diese neue Finanzkontrolle würde neue Anforderungen und Anspannungen für das europäische Kapital bedeuten. Finanzkontrolle heißt auch die Produktionskräfte des Landes soll nehmen, da sonst infolge von Arbeitslosigkeit die revolutionäre Welle doch durchbrechen würde. Es werden die letzten Reserven aufgeboten. Ein Land nach dem anderen wird unter Kontrolle kommen müssen. Der, einzige europäische Staat, der dies noch durchführen kann, ist England. Das englische Kapital hat sich aber schon in Amerika stark engagieren müssen. Es soll Frankreich und Italien, dem ganzen Kontinent helfen. Seine Kreditwürdigkeit und damit auch die Möglichkeit wird immer geringer. Die Anforderungen aber immer größer. Es wird jedes Laufen seiner eigenen Produktion doppelt und dreifach mit Abgaben an das bankerotte Europa bezahlen müssen. Mac Renna hat selbst die Zahlungsunfähigkeit der ganzen Welt außer Amerika und England festgestellt. Die ungeheure Geldentwertung zeigt am besten die starke Kreditnot auf. Die Folge ist, daß in den valutaschwachen Ländern die inländische Währung zusammenbricht. Der Termindeviseenhandel stirbt ab und zwingt zur Inlandsfaktorierung in Valuta. Die deutsche Wirtschaft hat sich bisher nur durch den Verkauf von Mark gehalten. So hat Amerika allein für 1 Milliarde Dollar Mark aufgenommen. Dieser Betrag ist infolge der Entwertung der Mark so gut wie ganz verloren.

Die deutsche Regierung versucht jetzt durch Verbot der Devisenspekulation und Ausgabe von wertbeständigen Schatzanweisungen die Mark zu halten. Sie will gleichzeitig damit die drohende Finanzkontrolle vermeiden. Vergebliches Beginnen. Die deutsche Wirtschaft lebt von dem Fallen der Mark und trotzdem führt die damit notwendig zusammenfallende Geldknappheit zum Zusammenbruch. Es ist nicht mehr möglich, den Binnenmarkt zu versorgen. Die Preise sind so enorm gestiegen, daß der Detailist nur ein Drittel seines Bedarfs decken kann, da es ihm nicht möglich ist, seine Vermögensfubstanz in Goldmark zu halten. Die Riempausen werden, wie schon ausgeführt, immer geringer. Die Kaufkraft der breiten Massen fällt dauernd. Der Export steigt entfernt nicht in dem Maße. Die Verdängerung der Arbeitszeit, das letzte Streckungsmittel, kann auch nur für eine kurze Zeit Erleichterung schaffen. Die Hauptsache fehlt, der Absatzmarkt. Die Produkte können nicht verkauft werden. Die Sturmzeichen mehren sich. Es dringt sich alles fürchterlich zusammen. Die Lust ist gewitterschwer. Das Atmen fällt schwer. Die dumpfe Verzweiflung, die die Massen erfaßt hat, ist nur letzte Sammlung. Man muß dies alles fühlen, erleben, um daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Das Barometer steht auf Sturm.

Der orientalische Knoten

Die ewige Unstabilität des europäischen Kontinents, seine durch den Weltkrieg gänzlich zerrüttete Wirtschaft wieder organisiert aufzubauen und in Fluß zu bringen, zeigt sich am treffendsten in der äußeren Politik der einzelnen imperialistischen Siegerstaaten. So wie sie national gezwungen sind durch uferlose Ausbeutung der besiegten Länder einen Ausgleich zu suchen, so ist auch ihre internationale Politik lediglich auf die politische und vor allem wirtschaftliche Schädigung des Bundesbruders, der aber den Frieden hat, gleichzeitig Konkurrent auf dem Weltmarkt zu sein, eingestellt. Die günstigen Wirkungen sind in beiden Fällen ausgeblieben. Man hat versucht durch Zerschlagung der Länder, d. h. nach außenhin offiziell unter dem Deckmantel eines Friedensdiktates, das mit Phrasen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verbrämt wurde, neue Absatzgebiete für die eigene Industrie zu schaffen. Aber man hat dabei nicht an die dadurch bedingten Zollschranken gedacht. Jedes einzelne kleine Ländchen hat nun auch seine eigene Industrie, die aber innerhalb des kleinen geschlossenen Kreises nicht mehr lebensfähig ist. Die großen Werte wurden abgebaut, eingeschränkt, der Betrieb sogar teilweise ganz und gar eingestellt. Ihre Weiterbestrebung und Produktionssteigerung waren die Folge und die Wirtschaftsformen und Arbeitsmethoden mußten auf eine viel frühere und primitivere Entwicklungsstufe zurückgebracht werden.

Am 6. November 1922, abends 7½ Uhr, findet in den

Pharusfälen, Müllerstr. 142, eine

Gedächtnisfeier

für die Opfer der Revolution statt. Mitwirkende u. a. Gemischter Chor Groß-Berlins. Rezitationen. Karten a 20,00 Mk. sind bei den Funktionären zu haben.

Das Proletariat verelendet immer weiter, der Warenmarkt ist nicht mehr aufnahmefähig, kurz und gut, die kapitalistische Wirtschaftsform gerät hier ins Wanken. Da gibt es kein Halten mehr. Schritt für Schritt, erst verhältnismäßig langsam, dann aber mit immer größerer Schnelligkeit geht es dem Ende zu. Die Reparationsverpflichtungen können nur noch durch Warenlieferungen erfüllt werden, sehr zum Schaden der Siegerstaaten, da ja dadurch ihre eigene Produktion in erheblichem Maße zum Stillstand kommt. Ein Ausweg ist nirgends zu sehen.

In der äußeren Politik ist das gleiche trostlose Bild zu beobachten. Die englischen Interessen waren vor allem darauf eingestellt, die stark bedrohte Vormachtstellung auf dem Weltmarkt zu erhalten, und wenn möglich, fester zu verankern. Der französische Imperialismus dagegen sucht unter allen Umständen neue Absatzmärkte und tritt somit den englischen Interessen in der schärfsten Weise entgegen. England hatte sich auf dem Balkan in Griechenland ein williges Werkzeug geschaffen. Gestützt auf den Friedensvertrag von Sevres sicherte es sich die Dardanellen und trieb Griechenland immer mehr an, die durch diesen Vertrag ihm zugesicherten Punkte zu besetzen. Wenn nicht anders, mit Waffengewalt.

Frankreich arbeitete diesen Plänen bewußt entgegen. Es unterstützte die Angoraregierung in jeder Weise, sowohl politisch als auch militärisch. Letzteres sogar in auffallig starker Weise. Die Wirkungen sind denn auch nicht ausgeblieben. Zur größten Freude der Franzosen erhoben sich die Türken und vernichteten die griechischen Streitkräfte vollkommen. Damit ist für die Zukunft Griechenland bedeutend weniger, daß sie in kurzer Zeit bis an die durch den Friedensvertrag von Sevres festgesetzte sogenannte neutrale Zone, selbst bis ziemlich an die Tore von Konstantinopel kamen. Die Vorgänge im einzelnen sind ja bekannt.

Die Niederlage Englands war eine gewaltige und darf keinesfalls unterschätzt werden. Frankreich stürzte dem siegreichen Kemal Pascha den Rücken, dessen Siege wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Das war ab weit so gut. Als sich dann aber Kemal Pascha anschickte auf europäisches Gebiet überzutreten und die alten türkischen Ansprüche auf die Meerengen, auf Konstantinopel und Thrazien erhob, war es den Franzosen doch nicht mehr ganz so angenehm. Einmal hatten sie ja selbst die Meerengen als freie Durchfahrtsstraße nötig und nun kam, da ein ganz neues Moment hinzu. Kamil.) das Kolonialproblem im Orient an sich. Die unterdrückten Völker hatten die Siege der Türken — also ihrer Glaubensgenossen — nicht nur als ein Sieg gegen England allein, sondern als einen Befreiungskampf gegen die weißen Ausbeuter überhaupt aufgefaßt. Und zu den letzteren gehören die Franzosen ja auch. Ueberall begannen die mohammedanischen Völker aufzubegehren, und da die Religion dort noch eine so wesentliche Rolle spielt, daß sie als ein kampfentziehender und einendes Faktor gelten kann, so sind sie imstande, der Kolonialherren ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten. Sie fordern Autonomie, d. h. weitgehendste Selbständigkeit nach jeder Richtung. Im besonderen traten sich dabei die von den Franzosen unterjochten Syrier hervor.

Jetzt erst kam in Frankreich die Ernüchterung, nunmehr sah man in Paris, was man sich für ein Bündnis eingebracht hatte. Daß man die unerfahrenen Siegerstaaten, die lediglich auf die politische und vor allem wirtschaftliche Schädigung des Bundesbruders, der aber den Frieden hat, gleichzeitig Konkurrent auf dem Weltmarkt zu sein, eingestellt. Die günstigen Wirkungen sind in beiden Fällen ausgeblieben. Man hat versucht durch Zerschlagung der Länder, d. h. nach außenhin offiziell unter dem Deckmantel eines Friedensdiktates, das mit Phrasen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verbrämt wurde, neue Absatzgebiete für die eigene Industrie zu schaffen. Aber man hat dabei nicht an die dadurch bedingten Zollschranken gedacht. Jedes einzelne kleine Ländchen hat nun auch seine eigene Industrie, die aber innerhalb des kleinen geschlossenen Kreises nicht mehr lebensfähig ist. Die großen Werte wurden abgebaut, eingeschränkt, der Betrieb sogar teilweise ganz und gar eingestellt. Ihre Weiterbestrebung und Produktionssteigerung waren die Folge und die Wirtschaftsformen und Arbeitsmethoden mußten auf eine viel frühere und primitivere Entwicklungsstufe zurückgebracht werden.

Ueber das Kleinbürgertum

Von Martin Gorki.

1.

Das Kleinbürgertum ist — der seltsame Charakterzug der Repräsentanten der herrschenden Klassen der Gegenwart. Die Grundzüge des Kleinbürgertums sind — ein trüppenhaft entwickeltes Gefühl des Eigentumsrechtes, ein stets hochgespanntes Verlangen nach Ruhe, eine dunkle Angst vor allem, was auf irgend eine Weise diese Ruhe verschreckte könnte, und ein, krankhaftes Streben, sich so reich als möglich alles erklären zu können, das das gewöhnliche Gleichgewicht der Seele ins Schwanken bringt, und die gewachsenen Ansichten über das Leben und die Menschen stört. Diese Erklärungen gibt das Bedürfnis, sich nicht zu dem Gedanken, um das Neue und Unbekannte zu begreifen, sondern bloß um sich selbst und seine passive Rolle im Kampfe ums Dasein zu rechtfertigen.

Das elementarste Gefühl des Eigentumsrechtes bei einer Person, die nur das Notwendigste zum Leben aufgebracht hat, kann dadurch erklärt werden, daß das einzelne Individuum bloß im Besitze eine gewisse Möglichkeit zu sehen scheint, um sich frei und stark zu fühlen, da bloß das Geld das Individuum manchmal vor der Willkür des willkürlichen Unterdrückers — Staat genannt — beschützen kann. Eine Erklärung ist jedoch keine Rechtfertigung. Der Staat der Gegenwart ist durch die Kleinbürger zum Schutze des Privateigentums geschaffen worden — die Kleinbürger aber haben kein Recht die Möglichkeit gegeben, sich bis zur vollkommenen Knechtung und Verstümmelung des einzelnen Individuums zu entwickeln.

Das Leben ist bekanntlich der Kampf der Ausbeuter, der „Herren" um die Macht, und der Kampf um die Befreiung von dem Joche dieser Macht. Das Tempo dieses Kampfes wird mit der Zunahme des Gefühls der persönlichen Würde und des Bewußtseins der einheitlichen Klasseninteressen in den Lohnmassen immer rascher und rascher. Das Kleinbürgertum will ruhig leben, ohne sich an diesem Kampfe aktiv zu beteiligen. Dieses kümmerliche kraftlose Kleinbürgertum bangt sich stets vor der rauhen äußeren Macht seiner Regierung, wenn aber — wie wir es gesehen und noch sehen — die Regierung gebrechlich zu werden anfängt, dann werden diese Leute fähig, ihr einen Teil der Herrschaft abzubetteln oder sogar abzuzwingen, wobei sie sich auf die „Kraft des Volkes" berufen und sich der Hände bedienen bekommen zur Erlangung ihrer Wünsche. Das Kleinbürgertum hat das Volk mit einer grauen, übrigen Hülle dicht überkleidet, es kann aber nicht umhin, zu fühlen, wie dünn diese kalte Schicht, wie die ihm feindlichen Instinkte unter ihr brodeln, wie bald der kurze, unverschämte Gedanke zu lodern anfängt.

Dieser Ansturm der Energie von unten nach oben erweckt in dem Kleinbürgertum eine bange Angst vor dem Leben. Und sie bemühen sich krampfhaft, mittelst verschiedener Schlußfolgerungen, daß es ein ehernes Gesetz sei sich auf dem Rücken des Volkes bequem zu machen und daß — wollten alle Arbeiter Kartoffeln essen — es auf der Erde an Kühen mangeln würde.

Zudem kann man doch nicht sagen, daß das Kleinbürgertum keine Verschuldung gegenüber dem Volke hat. Unser Kleinbürgertum ist stets bemüht gewesen, den Prozeß der Entwicklung der Klassengegensätze hintanzuhalten. Wenn die Reibung der feindlichen Kräfte stärker wird, dann verbergen sie ängstlich ihre Köpfe unter den flüchtigen Bemäntel

sind die Elemente, die Grundbedingungen revolutionärbewußter plebiscitärer Arbeit. Revolution bedeutet Umwälzung einer bestehenden Ordnung und Ersetzung derselben durch eine andere. Wer also die Revolution will, muß sich über den Weg klar sein, der die Grundlage des Aufbaues der kommenden Wirtschaft klar sein, sonst wird er täglich Schiffbruch erleiden. Das Ringen um diese Klarheit ist die Selbstbewußtseinsentwicklung. Dahinter verschwinden alle die untergeordneten Fragen näherer Einzelheiten, z. B. ob wir genügende Proletarier haben, die gegebenenfalls die Leitung der Betriebe und die Führung der Akionsorganisationen übernehmen können. Das sind Dinge für die tatsächlich die Reife der Selbstbewußtseinsentwicklung nachgedacht ist und die diktiert werden von den ehernen Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Da gibt es kein Ausweichen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die übergroße Mehrzahl des Proletariats sofort aktiv in die erste Phase des offenen Kampfes eingreift. Aber die geistige Umwälzung innerhalb der Arbeiterklasse muß unbedingt so weit gediehen sein, daß der beginnende erste Kampf augenblicklich die moralische Unterstützung des gesamten Proletariats hinter sich hat.

Die starke Betonung der Gemeinschaft ist auch um deswillen notwendig, weil die eingelne überragende Persönlichkeit nicht etwa imstande ist, die Masse zu sich heraufzuziehen, sondern weil dieselbe durch natürliche gesetzmäßige Kräfte auf die Extremmäßigste der bestimmtesten Umgebung herabgezogen wird; zumindest in der kapitalistischen Epoche. Nur gemeinsames Wirken und Streben, gemeinsamer Kampf, gegenseitige Kontrolle, gegenseitiger Erfahrungsaustausch verbürgen erfolgreiche proletarische Arbeit. Die Bewußtseinsentwicklung des Proletariats und das gewollte Hineinmassieren in proletarische Gemeinschaftsgedanken sind wechselseitige Beziehungen, die nicht ohne Schaden für den einen oder anderen Teil getrennt werden können.

Die Aufgeregten

Eine Erklärung der Dreieinhalb.

Wir haben an dieser Stelle über den mißlungenen Versuch der Schreiberclique berichtet, der KAPD. zu recht dummerch eine „Rundgebung" auf die Nase zu setzen. Diese berechtigte Abwehr hat eine riesige Wirkung gezeitigt, und zwar eine amtliche Ausfassung. Da wir nicht zum zweiten Male den Vorwurf der Geringschätzung gegenüber der Dreieinhalb auf uns nehmen wollen, geben wir dies hochgewichtige Dokument wollinhaltlich wieder:

Erklärung.

Die ausländischen Genossen, die zur 2. Konferenz der KAI. erschienen waren, sehen sich gezwungen, folgende Protesterklärung abzugeben:

Zur Propagierung der Idee der KAI. und ihrer unbedingten Notwendigkeit in der herrschenden Todesstille wurde während der Konferenz eine öffentliche Versammlung einberufen. Auf dieser Versammlung hat sich die sogenannte KAP. Berliner Richtung erfrecht, die wahre proletarische KAP. zu sabotieren. Mit Gewaltmitteln haben die Berliner das Präsidium erobert und ein Protest gegen die Versammlungen ausgeübt. Redner der Essener Richtung wurden nicht nur in der Diskussion durch lautes Brüllen am sachlichen Referieren verhindert, sondern sie gingen auch mit Stühlen und Instrumenten auf einzelne Genossen los, weil sie fürchteten, bei ihren Ausführungen die Mehrheit der Versammelten zu verlieren. Mit terroristischen Mitteln haben die „Berliner" uns zu hören verschafft. Wir protestieren gegen derartige gegen diese Vergewaltigung, und wählen diesen Weg der Protestkundgebung, um alle unsere Genossen im Reich und unsere Bruderparteien im Auslande bekanntzumachen mit den sicher proletarischen Mörder der Arbeiter entbrennen Methoden der Berliner. — Wir haben jetzt persönlich uns überzeugen können, auf welche Weise sich die Berliner Richtung durchzusetzen versucht und „schlagende" Beweise den Proletariern für ihre Parteiarbeit unterbreiten. Wir warnen nicht versäumen, von diesem von den Berlinern hervorgerufenen Skandal und Tumult in weiterer Oeffentlichkeit zu sprechen, um noch zwischen D. und E. schwankenden Genossen, die noch betreffs der Berliner Methoden schwanken, volle Klarheit zu geben."

Hier sächsen Klingen für internationale Solidarität zur proletarischen Revolution, dort Freibeuter und Rowdiism.

Kommunistischer Arbeiter-Partei Hollands.
Kommunistischer Arbeiter-Jugend Hollands.
Gruppe linker radikaler Kommunisten Russlands (KAP.).

Man gestatte uns jedoch allerunterthänigst ein paar Bemerkungen:

Erstens: Daß die Berliner Organisation der KAP. sich erfrecht hat, ihre eigene Versammlung zu übernehmen, und nicht zuließ, daß eine Handvoll hinausgeworfener „Führer" sich frech ans Rednerpult aufpflanzt. Daß hier Leute prinzipiellich gewordene Dumbedeutsamkeit das deutschen Proletariats in einigen Köpfen Verwunderung erregt, ist zu begreifen; und daß dieselben es ganz in Ordnung gefunden hätten, wenn die Mitgliedschaft der KAP. sich so nebenbei von den „Führern" der Dreieinhalb als ausgeschossen bezeichnen ließe, dafür ist die Bornierthelt, mit welcher man dies erwartete, ein Beweis.

Genossen, Wir stellen fest, daß die zwei Genossen, die zuerst sprachen, in aller Ruhe angehört wurden, trotzdem sie gegen irgend etwas polemisierten, was der KAP. und AAU. von den Drahtziehern der Dreieinhalb wissentlich fälschlich unterschoben wird. Wenn jemand, der als notorischer Lügner bekannt ist, am Sprechen dadurch verhindert wird, daß in aller Beschleunigkeit Beweise verlangt werden für diese Lügen und derselbe diese Beweise nicht erbringen kann, so ist dies die Schuld eben des Lügners. Es ist auch nicht unsere Schuld, daß die aufgeregten Leuchen in eine solche Gesellschaft geraten sind.

Drittens: Stellen wir fest, daß der Saal zum allergrößten Teil von der Mitgliedschaft der KAP. besetzt war. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten sich die Dreieinhalbe in diesem Saal gar nicht wiedergefunden. Die Masse, die die Instrumente bei der Berichterstattung spielen sollen, kennen wir. Mit dieser Lüge wird man vielleicht bei seinesgleichen Eindruck machen.

Viertens: Wir können nicht für die Schwerhörigkeit anderer Leute, und stellen fest, daß wir neben der notwendigen Brandmarkung, für die wir Beweise jederzeit antreten, ausführlich auf den „Einzelkampf" und die neue „Privateigentumstheorie" eingingen. Wir warteten vergebens auf eine Erwiderung.

Wenn weiter gesagt wird: „Man hätte sich persönlich überzeugen können, auf welche Weise" usw., so erinnern wir von seiten des Hauptausschusses der KAPD. an die Antwort unseres Einladungsschreibens ausführlich unseres Parteitages, wo man uns erklärt, daß man unterschätzt wäre, auch ohne die Berliner gesehet zu haben. Wir können angesichts solcher Tatsachen nicht umhin, an der Objektivität der Unterzeichner Zweifel zu hegen.

Da die Klarstellung der theoretischen Streitpunkte immerhin notwendig ist, sei uns ein Vorschlag gestattet. Die Arbeiterserie „Die Linke", was sie ist — und was sie nicht ist" möge man in der holländischen KAP.-Zeitung veröffentlichen. Wir glauben, daß die Mitgliedschaft der KAPD. an der theoretischen Grundlage der Dreieinhalb immerhin einiges Interesse haben dürfte.

Außerdem nehmen wir Kenntnis davon, daß wir „keine Prinzipien haben", und von den Bezeichnungen am Schluß der Erklärung. Wir sind gerne bereit, auf einem Kongreß der KAPD. uns zu eurer Freude, vollständig unmöglich zu machen, und begreifen die Angst nicht, mit der man uns fernhält.

Jünsfeus: Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, die unter dieser Erklärung gesetzte Unterschriftensammlung auf das Maß zurückzuführen, daß ihr zukommt. Wir wissen positiv, daß hinter der „Gruppe linker revolutionärer Kommunisten Russlands (KAP.)" nichts steckt!

Unterstützt Eure Presse!

Die revolutionäre Presse muß einen schweren Kampf um ihre Existenz ausfechten. Jeder Genosse muß helfen, finanzielle Mittel zu schaffen.

Die KPD. Groß-Hamburg hat einen Verlag ins Leben gerufen, der durch Vertrieb von politischen Postkarten und Bildmerken Gelder für die „RKZ." aufbringen will.

Bisher sind erschienen:

Bilder aus der Republik (pol. Karikaturen):
1. Die Republik ist in Gefahr. 3 Mark.
2. Ein Bonze spricht. 3 Mark.
3. Hohenzollern-Ersatz. 3 Mark.

Porträtkopfer der Arbeiterklasse:
1. Karl Liebknecht (Original-Linoleumschnitt). 3 Mark.
2. Rosa Luxemburg (Original-Linoleumschnitt). 3 Mark.
3. Max Hölz (Photographie, Postkartengröße). 10 Mark.
4. Johann Knief (Photographie, Postkartengröße). 10 Mark.

Handbücher:
Karl Marx, Friedr. Engels (Original-Holzschnitt) auf gutem Karton 22 mal 28 Zentimeter. Pro Stück 30 Mark.
Bei Abnahme von 10 Stück an 25 Prozent Rabatt.

Partei- und Unionsgenossen! An die Arbeit! Helft!

Bestellungen und Auskunft durch
Arbeiter-Verlag. (Gustav Langefeld), Hamburg 22, Rübnerort 54.

Wir können auch nicht begreifen, warum die KAPD. noch nicht den Beschluß der Dreieinhalb (Auflösung der Jugend) nachgekommen ist. Auch diese Unterschrift hat keine Berechtigung. Wenn wir zum Schluß darauf hinweisen, daß bei der KAPD. jeder, der die Unterschrift der Gesamtpartei als Einzelperson unter einen beliebigen Zettel setzt, ohne die Mitgliedschaft zu fragen, aus dem Tempel hinausfliegt, so bewegen, um von seiten der Mitgliedschaft der KAPD. nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen über die Bedeutung, die sie den Unterschriften sowohl, als auch den Unterzeichnern beimißt. Die Mitgliedschaft in Holland, die bereits anfängt gegen diese Bonzenwirtschaft Sturm zu laufen, wird von uns die denkbar größte Unterstützung finden.

Wirtschaft

Der gerade Weg — in den Abgrund

Nicht um etwa mit Zahlen die Notwendigkeit der Revolution zu beweisen, macht es sich nötig, den kapitalistischen „Wiederaufbau" zu beleuchten. Sondern, weil die Bourgeoisie, trotz ihrer bezahlten bürgerlichen Zeitungen, die die Proletarier zum größten Teil lesen, selbst genug. Wir wollen nur Stichproben geben und nachweisen, wo der Weg trotz allebem hinführt. Die Meilensteine auf dem Weg zum Abgrund gleiten schneller denn je an uns vorüber. Bald wird das Bild nicht mehr durch Zahlen festgehalten werden können und der ganze Apparat versagt sein. Und nur das vollständige Chaos, das Chaos im wahrsten Sinne des Wortes wird den Proletariern die Augen öffnen.

Wir berichteten in Nr. 72 der „RKZ." von den Erhöhungen der Kohlen, Tarife usw., die naturnotwendig eine

Erhöhung der Rohstoffpreise

zur Folge haben. Der Rohstoffverband hat die Preise für Rohstoffen ab 1. Oktober um 1700 bis 3000 Mark pro Tonne erhöht. Für die zweite Dekade Oktober sind neue Erhöhungen vorgesehen und zugleich mit der Frachtaufschlagung am 5. Oktober wird ein neuer Preisaufschlag verlangt werden. Das neue Steigen des Dollarkurses wird wahrscheinlich den Rohstoffverband auch solange nicht ruhig schlafen lassen, bis die Preise noch darüber hinaus auch schon für Oktober erhöht werden.

Die Sachverkommission des Reichskohlrates beschloß die Kohlenpreise ab 10. Oktober um 30 Prozent zu erhöhen. Die Erhöhung der Rohstoffpreise zieht natürlich weitere Preiserhöhungen nach sich.

Erhöhung der Stahlpreise um 67,7 Prozent

Der Deutsche Stahlbund hat in seiner in Düsseldorf stattgefundenen Sitzung eine Steigerung der Stahlpreise um 67,7 Prozent beschlossen. Die letzte Preissteigerung wurde am 11. September durchgeführt und die jetzige Verteuerung der Stahlpreise soll der inzwischen eingetretenen Verschlechterung des Marktkurses Rechnung tragen.

Getreidepreise

Die Getreidepreise machen jede Steigerung des Dollarkurses sofort mit. Während am 30. September z. B. märkischer Weizen bei 50 Kilo 3400 Mark kostete, war der Preis am 9. Oktober 5400 Mark. Für Roggen 3000 und 4000 Mark, für Sommergerste 3200 gegen 3400 Mark, das gleiche für Hafer. 100 Kilo Weizenmehl, die am 30. September 10 000 Mark kosteten, waren am 9. Oktober unter 15 200 Mark nicht mehr zu haben. 100 Kilo Roggenmehl kosteten 13 700 gegen 8400 Mark. Innerhalb von acht Tagen sind alle Getreidepreise um 50 Prozent zu verzeichnen.

Die Erhöhung der Grundstoffe kann natürlich auf die verarbeitende Industrie nicht ohne Folgen sein. Folgende Zusammenstellung, die wir der „D. A. Z." entnehmen zeigt, wie sich die Preise, dem allgemeinen „Niveau" anpassen.

Die Wirtschaftsvereinigung deutscher Messingwerke hat den Grundpreis für Messingdrähte von 870 auf 1040 und für Messingstangen von 960 auf 780 Mark je Kilogramm erhöht. — Die Kabelfabrik verteuerte Isolierten Stahlgummiadern und Kabel um 100 Prozent, NYM Stahlgummiadern 220 Prozent, NGK, NGS, NGKF, NGKRZ, NGKR 4 Quadratmillimeter und stärker 180 Prozent, NYY, NYRM, NYRS, NSM 250 Prozent, NYM mit Glasgarnbeflechtung sowie für alle übrigen Typen 250 Prozent. Der Reichsmarkstückpreis gilt neue isolierte Leitungsdrähte für Verkauf und benutzter Wiedereingangsmasse im Reichsanzeiger bekannt. — Die Vereinigung deutscher Eisenerzgruben erhöhte mit Berechnung ab 1. Oktober den Kaufpreis um 1625 Prozent. — Die Vereinigung der Fabrikanten elektrischer Heiz- und Kochapparate E. V. hat den Teuerungszuschlag für sämtliche Artikel mit Wirkung ab 9. Oktober von 600 Prozent auf 800 Prozent erhöht. — Der Verband deutscher Papierfabrikanten hat die erst am 25. September festgesetzten Zusatzpreise am 9. Oktober bereits wieder erhöht, und zwar wurde der sogenannte Multiplikator von 16 auf 19 heraufgesetzt. Das bedeutet eine Erhöhung des letzten Aufschlags von 46 um weitere 20 Prozent. Die Steingutfabriken des Gerresheiteres erhöhten die Preise ebenfalls um 20 Prozent, während die Vereinigten Steingutfabriken zu Bonn a. Rh. den letzten Aufschlag auf die Grundpreise in Gruppe 1 auf 3300 Mark, in Gruppe 2 auf 3500 Mark normierten. Das bedeutet eine Erhöhung für gebührtarierte Waren um 70 Prozent, für einfache Waren um 50 Prozent.

Die Abwälzung auf das Proletariat

Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht ihren allmonatlichen Großhandelsindex. Nach diesem Großhandelsindex sind die Großhandelspreise durchschnittlich auf das 440,8fache Anfang Oktober gegen das 296,7fache Anfang September gestiegen. Das bedeutet eine durchschnittliche Steigerung um 50 Prozent im Großhandel. Nach den Index der „Frankfurter Zeitung" sind die Preise von das 440fache gestiegen.

Im Einzelnen sind die Lebens- und Genußmittel um 291fachen auf das 386fache, Textilien und Leder auf das 720fache, Mineralien auf das 549fache, industrielle Endprodukte auf das 356fache gestiegen. Am schärfsten war die Steigerung wie immer bei der Gruppe Textilien und Leder, deren Index sich gegenüber dem Vormonat verdoppelt hat. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Rohstoffe, mit denen die Textilindustrie fast ausschließlich arbeitet, dem Dollarkurs vom August bereits gefolgt waren und in der letzten Aufstellung zum Ausdruck gekommen sind.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

betrug in der Woche vom 3. bis 9. Oktober für die „Mittelausgaben" eines Ehepaares 800 Mark. Gegen die Vorkriegszeit sind die Lebensunterhaltungskosten um das 312fache gestiegen.

Es scheint, als denn eine stumpfe Resignation die Proletariermassen erfaßt hat. Alle nützlichen Gewerkschaftsbeiträge prallen an den harten Tatsachen ab. Die Gewerkschaften und ADGB. haben bereits wieder eine „Aktion" unternommen zur „Stabilisierung der Währung". In Wirklichkeit ist der Zweck dieser Aktion nur ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber dem von Hunger gepeinigten Proletariat. Wohl ihm, wenn es sich wehrt. Dann wird es erprobt mit der „Aktion" der Gewerkschaften. Sie wissen, daß es zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist, die Arbeitermassen niederzuhalten, und wenn nötig, mit Hilfe der weißen Banden niederzuknüppeln. Es ist wichtig, daß es im Interesse der Ruhe und Ordnung notwendig ist, den Arbeitern die erhöhten Getreidepreise zu bewilligen, denn ihre Existenz ist auf dieser Ordnung aufgebaut.

Die Devisenanarchie, die vollständige Entwertung der Mark ist nur ein äußeres Symptom für den tatsächlichen Zusammenbruch. Durch den ungeheuren Sturz der Mark ist wieder ein kleiner Zwischenraum zwischen den Inlands- und Weltmarktpreisen entstanden. Aber die Entwertung der Mark ist bereits so groß, daß eine Belastung von Rohstoffen immer schwieriger wird und infolge des Zusammenbruchs der letzten Kaufkraft auch eine innere Absatzkrise unvermeidlich ist; schon werden Arbeiterentlassungen in großer Zahl gemeldet. Das Arbeitslosigkeit heute zu bekämpfen heißt, wird nicht näher erläutert werden. Und hier gibt es nur eine Rettung: das ist der Sturz der kapitalistischen Wirtschaft.

Das Kapital kann diesen Kreislauf nur immer wieder von neuem beginnen. Das Kapital kann nicht anders bestehen, als durch die Sicherstellung des Profits. Die KPD. empfiehlt Kontrolle der Produktion. Das heißt, daß Proletariat soll die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft auf sich nehmen.

Der Winter wird furchtbar werden. Der Hunger wird mehr als ein paar Tausend aberfassen. Ein großes Massenhungern wird begleitet sein von der „Kontrolle der Produktion". Die Bourgeoisie und ihre parlamentarischen Faktoren werden dabei den Tang ums goldene Kalb weiterdrehen, so lange, bis das Proletariat erkennt, daß es die Fabriken besitzen muß, die Bergwerke, den Grund und Boden, bis es erkennt, daß nur die Eroberung der Produktion durch die proletarische Diktatur eine Rettung bringt.

Neue Erhöhung der Postgebühren am 1. Dezember

Der Verkehrsbeirat ist vom Reichspostministerium zu einer Sitzung am 24. Oktober einberufen worden, um zur weiteren Erhöhung der Post-, Postscheck- und Telegraphen- und Fernsprechgebühren Stellung zu nehmen. Ein hundertprozentiger Aufschlag auf die erst seit dem 1. Oktober gültigen Gebühren soll bestehen ab 1. Dezember wird erzielt.

Erhöhung des Umlagepreises

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat mit 17 Stimmen gegen 5 Stimmen der Arbeitnehmervertreter die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf beschlossen, der den Preis des ersten Umlagedrittels erhöhen und damit den Brotpreis gleich auf 100 Mark hinaufschrauben soll. Die Arbeitnehmervertreter im Bundeswirtschaft enthielten sich der Stimme, weil sie überhaupt keine Festsetzung des Umlagepreises, sondern eine gleitende Preisskala wünschen, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten soll.

Mitteilungen

An die Ortsgruppen und Bezirksleitungen im Reich

Die Berliner Organisation erfuhr alle Mängel in bezug auf Belieferung von Zeitungen, Broschüren, Verlag usw. an Genossen Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße bei Neumann, 1 Treppe rechts, zu richten.

Rachruf

Am 9. Oktober verstarb unser Genosse Max Pienke. Er hat stets seine Pflicht als revolutionärer Kämpfer. Wir werden seiner stets gedenken.

16. Unterbezirk Groß-Berlin.

Groß-Berlin — Mitgliederversammlung der KPD. und KAI.

Am Sonntag, den 15. Oktober 1922, 9 Uhr vormittags, in Böckers Festsäle, Weberstraße 17.

Wichtige Tagesordnung.

Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Bezirksfisher-Sitzung

am Montag, den 16. Oktober 1922, abends 7.30 Uhr. Vortrag: „Die politische Situation und die Taktik der Partei."

Achtung! Achtung!

Die Genossen von Spandau, die sich nach wie vor zur KPD. und KAI. bekennen, werden aufgefordert, sich an folgende Adresse zu wenden: Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 6 bei Neumann, 1 Treppe rechts.

4. und 15. Bezirk. Freitag, den 20. Oktober, öffentlicher Diskussionsabend bei Schmidt, Ecke Transvaalstraße.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Biers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei, Berlin S. 42, Dranienstr. 160.

3. Jahrg. Nr. 76. Preis 10.— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 90 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120.— M. monatlich, nach dem Ausland 180.— M. monatlich.

Tote und Verwundete in Berlin

Zwei Schupobeamte und ein Zivilist tot, viele Arbeiter — vielleicht mitbenbelt und schwer verletzt —, daß ist das Resultat dieses ersten Aufmarsches der offenen monarchistischen Gegenrevolution nach dem Rathenaumord.

(„Rothe Fahne" vom Montag, den 16. Oktober.)

In den Straßen Berlins ist wieder einmal Blut geflossen. Im Zirkus Busch marschierte der „Bund für Freiheit und Ordnung" auf, offenbar als Demonstration gegen das Urteil des „Staatsgerichtshofes". Das Symbol war die „schwarz-weiß-rote" Fahne. Die Parole war: „Schlagt die Juden tot!" Die Versammlung konnte nach den blutigen Auseinandersetzungen mit den Berliner Arbeitern unter dem Schutz der Demokratie weitertagen, und zu Ende geführt werden. Gegen die Urheber soll mit allen „zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen werden. Zahlreiche Verhaftungen von Funktionären der KPD. haben bereits stattgefunden. Eine „Belohnung" von 500 000 Mark ist für Spitzelarbeit ausgesetzt.

Die „Rote Fahne" ist voll von „Entlarvungsartikeln" gegen die USPD. und den „sozialistischen" Polizeipräsidenten. Der „Vorwärts" ist voll Klageliedern über die Toten und Verwundeten. Es entspricht ganz der Heuchelei und der Gemeinheit der USPD., daß sie die Tausende von Proletariern auf dem Gewissen hat, die durch ihre Politik jeden Tag Tausende auf echt demokratische Art und Weise zum Hungertod verurteilt, ein Klagelied über die „armen Opfer" anstimmt.

Aber es entspricht vollständig der Verbildungspolitik der KPD., sich darüber aufzuregen, daß die demokratischen Herrer der Revolution bei irgend einem Konflikt zwischen der Hakenkreuzlerspießhaft und den Arbeitern auf Seite ihrer besten Stützen stehen. Die „Rote Fahne" hat aufgefordert, diese Versammlung zu verhindern. Es ist also die Frage aufzuwerfen: Hat diese KPD. sich allen Ernstes eingebildet, daß bei dem unvermeidlichen Konflikt die Demokraten auf Seite der Arbeiter stehen werden? Wenn ja, dann wäre es wirklich besser, die „Rote Fahne" als „Rote Nase" herauszugeben, nur so vor aller Welt zu dokumentieren, daß sie nicht ernst zu nehmen ist. Denn bei einer so bodenlosen Dummheit sind letzten Endes stets die Proletarier die Dummen.

Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die „Einheitsfrontstrategen" so dumm sind, sie selbst dieser Illusion sicher, daß sie sich nur so dumm stellen, daß sie also wohl voraussehen, daß die Proletarier, die der Aufforderung der KPD. nachkamen, von den Demokraten im Rücken angegriffen werden, trotzdem es nur eine Aktion „zum Schutze der Republik" sein sollte. Wenn dem so ist, und es ist so, dann wird solch sinnloses Beginnen zum schärfsten Protest herausfordern. Eine Politik, die darauf hinausläuft, ihn und wieder eine „Aktion" zu unternehmen, ohne zu überlegen, was man will, ohne Ziel und Inhalt, nur um den Preis der „Aktion" ist ein Spiel mit dem Proletariat, und ist von seiten dieser KPD. der offensichtliche Versuch, durch diese Manöver ihre im Prinzip konterrevolutionäre Politik zu verschleiern.

Klar ersichtlich ist diese Linie in ihren von „Entlarvung" strotzenden Anschuldigungen gegen die demokratische Konterrevolution. „Zwei Schupobeamte und ein Arbeiter tot — viele Arbeiter niedrisch mißhandelt und schwer verletzt —, das ist das Resultat dieses ersten offenen Aufmarsches der Konterrevolution." Also auf der einen Seite die Schupo und die Arbeiter — auf der anderen Seite die Konterrevolution: Kann es eine größere Verhöhnung des Proletariats sein? Hier wird der offensichtliche Versuch unternommen, daß Proletariat mit den Ordnungsbestien der demokratischen Republik auszusöhnen. Der Zweck dieser Aussöhnung kann natürlich nur der sein, sich die für die Ministersessel der „Arbeiterregierung" notwendige Gefolgschaft zu schaffen, die diese Arbeiterpartei „Regierung" unter dem Kommando kapitalistischen Privateigentums. Gewiß ist dieser Versuch kindisch und dumm, aber diese Dummheit und Bornirtheit wird das Proletariat teuer bezahlen müssen, wenn es nicht rechtzeitig den Pferdefuß erkennt.

Aus allen kapitalistischen Zeitungen spricht die Angst, daß jene Antisemitenbande durch ihr Treiben den Anstoß geben könnte zur Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse. Man warnt, ruft die Ordnungsbestien auf, „damit die Brandfackel nicht in die große Koalition geschleudert wird und das Haus abbrennt." Der Regierung wird der schärfste Tadel ausgesprochen, daß sie diese Kundgebung nicht verboten habe, und den Schutz der Republik der KPD. überläßt. Das Kapital sieht die Gefahr, die der demokratischen Verstaunung gerade von diesem Gesindel droht. Die „Einheitsfront" der Demokratie gegen die Konterrevolution, damit die Brandfackel nicht in die Koalition geschleudert wird, und das Haus abbrennt." Der Regierung wird der schärfste Tadel ausgesprochen, daß sie diese Kundgebung nicht verboten habe, und den Schutz der Republik der KPD. überläßt. Das Kapital sieht die Gefahr, die der demokratischen Verstaunung gerade von diesem Gesindel droht. Die „Einheitsfront" der Demokratie gegen die Konterrevolution", damit die Brandfackel nicht in die Koalition geschleudert wird